

Sitzungsunterlagen: <https://nextcloud.stuvus.uni-stuttgart.de/s/8LrLQEJYPekpgY3>

Sitzungsbeginn: 13:00 Uhr

Protokollführung: Baltrun, Birkenmaier, Ruenpirom

Endgültige Tagesordnung

- | | | |
|-------|---|---|
| 1. | Begrüßung und Formalia | 4 |
| 1.1. | Begrüßung durch das Präsidium | 4 |
| 1.2. | Begrüßung durch gastgebende VS | 4 |
| 1.3. | Einführung in die neue Verfahrensordnung | 4 |
| 1.4. | Festlegung der Redeleitung | 4 |
| 1.5. | Festlegung der Protokollführung | 4 |
| 1.6. | Festlegung des Termins und des Austragungsorts für die nächste LAK | 4 |
| 1.7. | Beschluss über das Protokoll vom 12.01.2020 | 4 |
| 1.8. | Festlegung der endgültigen Tagesordnung | 5 |
| 2. | Bericht aus dem Präsidium | 5 |
| 2.1. | Festakt zur Eröffnung des Innovationscampus "Mobilität der Zukunft" in Stuttgart am 13.01.2020 | 5 |
| 2.2. | Neujahrsempfang SPD-Landtagsfraktion in Bad Mergentheim am 14.02.2020 | 5 |
| 2.3. | BAS-Bundesdelegiertenversammlung in Trier, 17.01.-19.01.2020 | 5 |
| 2.4. | Gespräch mit MdL Rolland (SPD) bzw. AK Wissenschaft und Sitzung des Wissenschaftsausschusses in Stuttgart am 22.01.2020 | 5 |
| 2.5. | CONMEDIA 2020 in Stuttgart am 22.01.2020 | 6 |
| 2.6. | Eröffnung Friedensinstitut EH Freiburg am 24.01.2020 | 6 |
| 2.7. | LAK Bayern (Wahlsitzung) im Landtag in München am 26.01.2020 | 6 |
| 2.8. | Gespräch mit MdL Gentges (CDU) in Stuttgart am 29.01.2020 | 6 |
| 2.9. | Besprechung mit MWK „Digitale Wissensdatenbank für Studierendenschaften“ in Stuttgart am 04.02.2020 | 7 |
| 2.10. | Runder Tisch "Studierende" mit MdL Seemann (Grüne) in Stuttgart am 04.02.2020 | 7 |
| 2.11. | Neuberufenenempfang in Stuttgart am 05.02.2020 | 9 |
| 3. | Mitteilungen | 9 |

3.1. Gespräch mit CDU-Fachausschuss Wissenschaft, Ministerin Eisenmann in Stuttgart am 19.02.2020	9
3.2. fzs-Mitgliederversammlung in Bamberg 28.02.-01.03.	9
3.3. Lernfabriken ...meutern! Konferenz in Halle (Saale), 13.03.-15.03.2020	9
3.4. Festakt: "40 Jahre Grüne im Landtag" in Stuttgart am 16.03.2020	9
3.5. Gespräch mit AK Wissenschaft der FDP/DVP-Landtagsfraktion in Stuttgart am 18.03.2020	9
3.6. MeTaFa (Meta-Tagung der Fachschaften) in Dortmund, 20.03.-22.03.	10
4. Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren	10
4.1. ABS-Vollversammlung in Mannheim am 02.02.2020	10
4.2. Antrag: Mitgliedschaft der Landesstudierendvertretung BW im ABS-Rat	11
5. Arbeitsgruppenphase	11
6. Verfahren Stellungnahme Vollverschleierungsverbot (NEU)	14
7. AK Umwelt und Klima	15
8. AK Landesweites Semesterticket	15
8.1. Bericht aus der Arbeitsgruppenphase	16
8.2. Zwischenstand Urabstimmungen	16
9. AK Hochschulfinanzierung	16
9.1. Antrag Erweiterung Forderungskatalog/Positionspapier	16
9.2. Petition	17
10. AK Lehramt	19
10.1. Bericht des AK	19
11. LAK-Verfahrensordnung	19
11.1. Änderungsanträge	19
12. LHG-Novelle	19
12.1. Erweiterter Forderungskatalog	19
12.2. Zusammenfassung Gespräche CDU und GRÜNE	19
12.3. Bericht aus LAG Wissenschaft (GRÜNE)	19
13. Akkreditierungswesen	20
14. Stellungnahme: Landesweites Kompetenzzentrum für Sehbeeinträchtigte	20
15. Stellungnahme: Verfasste Studierendenschaften	20
16. MWK-Wissensdatenbank für Verfasste Studierendenschaften	20

17.	Bundesvernetzungstreffen der Landesstudierendenvertretungen	20
18.	Förderverein/Trägerverein Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg	20
19.	Sonstiges	21
19.1.	aktuelle, relevante Landtagsdrucksachen	21
19.2.	Pressespiegel	21
19.3.	Newsletter des Präsidiums im Nachgang der LAK	21
19.4.	informelle Kommunikation über Messenger-Dienst	21
19.5.	Konstituierung der Landesstudierendenvertretung	21
20.	Austausch und Vernetzung	21
20.1.	DAAD-Mitgliedschaft	21
20.2.	Feedback für Präsidium und Veranstalter*innen	22
I.	Teilnehmer*innen	23
	stimmberechtigt	23
	nicht stimmberechtigt	23
II.	Abkürzungsverzeichnis	23

Abstimmungsergebnisse werden in folgender Form dargestellt:

[Anzahl Fürstimmen] / [Anzahl Gegenstimmen] / [Anzahl Enthaltungen]

→ [Art der Entscheidung]

1. Begrüßung und Formalia

1.1. Begrüßung durch das Präsidium

Bauer begrüßt die Anwesenden und stellt die fristgerechte und ordnungsgemäße Einladung fest. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind zwölf Stimmberechtigte anwesend.

1.2. Begrüßung durch gastgebende VS

Die Vertreter*innen des AStA der Universität Mannheim stellen sich, die VS und die Universität vor.

1.3. Einführung in die neue Verfahrensordnung

Bauer erläutert die wesentlichen Änderungen im Sitzungsverlauf, die durch die jüngst verabschiedete Verfahrensordnung einhergehen. Vorrangig betrifft dies die Sitzungsleitung, die Protokollführung, Fristen und die Anträge zur Verfahrensordnung (VO-Anträge).

1.4. Festlegung der Redeleitung

Vorschlag: Bauer und Käßlinger

12/0/0 → angenommen

1.5. Festlegung der Protokollführung

Vorschlag: Baltrun, Birkenmaier und Ruenpirom

12/0/0 → angenommen

1.6. Festlegung des Termins und des Austragungsorts für die nächste LAK

Termin: Vorschlag des Präsidiums: 29.03.2020

12/0/0 → angenommen

Austragungsort: Universität Tübingen meldet sich unter Vorbehalt der internen Klärung, Hochschule der Medien Stuttgart meldet sich unter Vorbehalt der internen Klärung

Das Präsidium bittet jeweils um zeitnahe Klärung und Rückmeldung. Es wird die Hochschule der Medien Stuttgart als priorisierter Tagungsort vorgeschlagen.

12/0/0 → angenommen

1.7. Beschluss über das Protokoll vom 12.01.2020

Anmerkungen zum Protokoll aus dem Plenum:

- Abkürzungen nicht ohne Erläuterung verwenden, ggf. Glossar erstellen
- Verwendung der privaten Mailadresse des Sprechers des AK Landesweites Semesterticket im Protokoll problematisch. Anmerkung des AK-Sprechers: Verwendung geschah im Einvernehmen.

12/0/1 → angenommen

1.8. Festlegung der endgültigen Tagesordnung

Das Präsidium weist darauf hin, dass der Vorschlag zur Tagesordnung bis zum 11.02.2020 noch geändert wurde. Es wird eine Zeitbegrenzung für TOP 3 auf 14 Uhr beantragt. Es wird ein Vorziehen des TOP 14 „Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren“ des Vorschlags der Tagesordnung zu TOP 3 beantragt. Es wird eine Unterbrechung der Sitzung nach TOP 4 zwecks Gruppenarbeitsphase beantragt. Folgende Gruppen sollen gebildet werden:

- Konstituierung der Landesstudierendenvertretung
- Klima und Umwelt
- Landesweites Semesterticket
- Hochschulfinanzierung
- Entwurf der Mail an die Studierendenschaften bzgl. Vollverschleierungsverbot

Unmittelbar vor der Gruppenarbeitsphase soll eine 10-Minuten-Pause eingelegt werden. In TOP 4 (neu) „AK Klima und Umwelt“ soll um 15 Uhr eingestiegen. Abstimmung über alle Anträge im Block.

12/0/1 → angenommen

2. Bericht aus dem Präsidium

2.1. Festakt zur Eröffnung des Innovationscampus “Mobilität der Zukunft“ in Stuttgart am 13.01.2020

Bauer war kurzfristig vor Ort. Kenntnis von der Veranstaltung über den Informationsdienst Wissenschaft (<https://idw-online.de/>). Festakt inkl. Podiumsdiskussion mit Ministerin Bauer in der Arena 2036 an der Universität Stuttgart

2.2. Neujahrsempfang SPD-Landtagsfraktion in Bad Mergentheim am 14.02.2020

Bauer und Käßlinger waren vor Ort. Gespräche mit den Abgeordneten, vorrangig über die Petition zur Hochschulfinanzierung. Konkret wurde diesbezüglich ein Treffen mit MdL Kenner angebahnt. Kontakt zu Mitgliedern von Juso-Hochschulgruppen geknüpft bzw. gepflegt.

2.3. BAS-Bundesdelegiertenversammlung in Trier, 17.01.-19.01.2020

Bauer war zeitweise vor Ort. Teilnahme an der Freitagsexkursion nach Luxembourg. Austausch mit BAS-Funktionär*innen und Referent*innen für internationale Studierende von diversen Hochschulen.

2.4. Gespräch mit MdL Rolland (SPD) bzw. AK Wissenschaft und Sitzung des Wissenschaftsausschusses in Stuttgart am 22.01.2020

Bauer und Käßlinger nahmen teil an Besprechung mit dem AK Wissenschaft, Forschung und Kunst der SPD-Landtagsfraktion (MdL Rolland (Sprecherin), MdL Selcuk, MdL Rivoir) im Rahmen deren Vorbereitung auf die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung

und Kunst am 22.01.2020. Am Rande fand zusätzlich eine Besprechung bezüglich der anhängigen Hochschulfinanzierungspetition mit mehreren Fraktionsmitarbeitern statt. Ein grundlegendes Verständnis für die Behandlung von Petitionen durch den Landtag wurde erworben. Das Präsidium ist bestrebt, den Austausch mit dem AK zu festigen. Die gilt auch für andere Landtagsfraktionen.

2.5. CONMEDIA 2020 in Stuttgart am 22.01.2020

Bauer nahm teil. Etabliertes Format von Studierenden der Hochschule der Medien Stuttgart. Mitteilung dazu auf der Webseite des Landtags: <https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/begegnungen/2020/januar/2020-01-22.html>

2.6. Eröffnung Friedensinstitut EH Freiburg am 24.01.2020

Bauer nahm teil. Gespräch mit Studierendenvertreter*innen der EH Freiburg sowie der Universität Freiburg.

2.7. LAK Bayern (Wahlsitzung) im Landtag in München am 26.01.2020

Bauer war vor Ort auf Einladung der Sprecher*innen der LAK Bayern. Traditionelle Sitzung im Landtag zwecks Neuwahl der Sprecher*innen, zu der die anderen Landesstudierendenvertretungen eingeladen werden. Gastgeberin war die Fraktion der GRÜNEN im bayerischen Landtag.

2.8. Gespräch mit MdL Gentges (CDU) in Stuttgart am 29.01.2020

Bauer, Birkenmaier und Käpplinger nahmen teil. Birkenmaier berichtet. Themen waren die laufende Novellierung des Landeshochschulgesetzes (LHG-Novelle) und die studentischen Forderungen. Eingegangen wurde auch auf das Forderungspapier von stuvus (Studierendenvertretung der Universität Stuttgart). Das Präsidium kam zur Erkenntnis, dass Stellungnahmen, Forderungspapiere etc. nicht lediglich an zuständige Ministerien, sondern auch an Abgeordnete bzw. Fraktionen ausgesandt werden muss, um die Positionen prominenter zu platzieren und zu politischen Prozessen beizutragen. Im Zusammenhang mit der LHG-Novelle wird zudem auf TOP 12 verwiesen.

Im Zuge des Gesprächs wurde die Frage nach der Haltung zur Meinungsfreiheit aufgeworfen (am Beispiel des Vorfalls an der Universität Hamburg im Zusammenhang mit Bernd Lucke). In dieser Situation sah sich das Präsidium lediglich in der Lage, persönliche Ansichten zu äußern. In diesem Kontext regt Birkenmaier die Erstellung eines „Leitfadens für das Präsidium“ an, in dem u.a. geklärt werden soll, wie sich das Präsidium bei Gesprächen mit politischen Akteur*innen zu verhalten hat bezüglich der Vertretung von Positionen der Landesstudierenden einerseits und eigenen Positionen andererseits.

Im Gespräch zeigte sich, dass die CDU-Fraktion keine Kenntnis der Petition zur Hochschulfinanzierung zu haben scheint. Das Präsidium erläuterte die Sachverhalte und erklärte, dass empfohlen wurde, die Petition den Mitgliedern des Wissenschafts- und Finanzausschusses zu übergeben. Das Präsidium bat die Fraktion in Erfahrung zu bringen, wer als Berichterstatter*in der Petition vorgesehen ist.

Es wurde darüber hinaus über die vom MWK geplante digitale Wissensdatenbank für Studierendenschaften gesprochen.

2.9. Besprechung mit MWK „Digitale Wissensdatenbank für Studierendenschaften“ in Stuttgart am 04.02.2020

Bauer tauschte sich mit Referat 24 aus über die geplante Plattform zur Wissenssammlung für Studierendenvertretungen. Das Bestreben entspringt dem Auftrag durch den Landtag infolge der Empfehlungen des Landesrechnungshof, den Studierendenschaften Handlungsrichtlinien und Leitfäden an die Hand zu geben. Das MWK ist dazu angehalten eine Lösung zu finden und umzusetzen. Dem Landtag ist darüber zu berichten. Die Studierendenvertretung soll eingebunden werden. Es handelte sich um ein Auftaktgespräch zur Sondierung der Bedürfnisse und gegenseitigen Vorstellungen.

2.10. Runder Tisch "Studierende" mit MdL Seemann (Grüne) in Stuttgart am 04.02.2020

Birkenmaier berichtet vom Treffen und den besprochenen Themen:

- Hochschulfinanzierungsvertrag: MdL Salomon schlug vor, die Petition zwischen März und April zu übergeben. In diesen Zeitraum findet in Stuttgart eine Informationswoche im Landtag statt, zu der viele Abgeordnete vor Ort sein werden.
- LHG-Novellierung:
 - Öffentlichkeit von Sitzungen: Gremien sollen prinzipiell öffentlich tagen
 - Entautomatisierung auch als Signal an sonstige Gremienmitglieder. Wirkung wurde von der Fraktion infrage gestellt, Gegenbeispiel Minister*innen, die auch noch ein Landtagsmandat haben.
 - Transparenz: Wirkung wurde von der Fraktion infrage gestellt, wenn vollkommene Transparenz z.B. durch öffentliche Ausschusssitzungen hergestellt würde, gäbe es dort nur noch sog. „Schaufensterdebatten“. Normativ des Unmöglichen wurde angebracht. Absprachen im Hintergrund seien nicht vermeidbar.
 - Hochschulrat: Fallbeispiel Heidelberg, Haushaltsprüfung an den Prüfungsausschuss abgegeben (der nur aus externen Mitgliedern besteht), dem Studierenden als internem Mitglied wurde nicht die Möglichkeit der Einsichtnahme in Unterlagen gegeben
 - Stimmrecht im Senat: Schärfere Trennung von Exekutive und Legislative, Rektoratsmitglieder im Senat, Dekan*innen im Fakultätsrat kein Stimmrecht mehr, denn: Signalwirkung durch Stimmausübung für andere. Ist das schon als Vermischung der Legislative und Exekutive zu werten? Erneut Beispiel der Minister*innen, die gleichzeitig Landtagsmandat ausüben.
 - Student*innen in Gremien: Es sollte ein studentisches Mitglied in der Findungskommission sein.
 - Kooperationsstudiengänge: Probleme beim Erheben verschiedener Beiträge (Verwaltungsbeitrag funktioniert, aber Studierendenwerks- und

Studierendenschaftsbeitrag bereitet Sorgen). Fraktion: Sei eher ein Verwaltungsakt, Hochschulen könnten sich besser "kreativ" untereinander einigen. stuvus verweist auf § 65 LHG. Aber: nach LHG werden alle exmatrikuliert, die nicht den (vollen) Beitrag zahlen.

- Anerkennung von studentischem Engagement: Engagement in der Hochschulverwaltung (Studienkommissionen, Prüfungsausschüsse, Senat...) wird mit Verlängerung der Höchstudierendauer anerkannt, Engagement in der studentischen Selbstverwaltung allerdings nicht. Zustimmung der Fraktion; nach Einführung der Verfassten Studierendenschaften wollte man zunächst sehen, wie sie sich entwickeln. Den Hochschulen sei die Anerkennung jetzt schon möglich, eine Regelung im Gesetz gelt dann für alle einheitlich.
- Weniger Prüfungsdruck: Erweiterung der Regelstudienzeit-Grenze. Einwand der Fraktion: Lehrveranstaltungen müssten dann auch wirklich noch solange angeboten werden. Nimmt eventuell den kreativen Spielraum für Einzelfälle.
- Verbandsklagerecht: Widerspruch der Fraktion. Verbandsklagerecht haben die, die sich nicht oder nur schwer selbst wehren können. Haushaltsbeauftragte und Finanzreferate können durchaus kreative Wege finden, klagende Personen zu unterstützen. Wenn Verbandsklagerecht für Studierendenschaften eingeführt würde, dann müsste es auch für viele weitere Gruppen kommen.
- stuvus: Fachschaften könnten Unterorgane bilden, die Studierendenschaft als solche aber nicht. Keine Aufwandsentschädigungen für Gremien, nur für Organe, Fraktion: hierbei müsste geprüft werden, ob das Gremium wirklich einen offiziellen Auftrag hat und kein Scheindasein lediglich der Aufwandsentschädigung wegen führt.
- Themen der Grünen sind aktuell unter anderem:
 - Governance-Regelung
 - Bürokratieabbau durch Streichungen
 - Reflexion und Neuaufsetzung der Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen
 - Anpassungen bedingt durch Änderung Umsatzsteuerrecht
 - Tierschutz
- Weitere Aspekte des Gesprächs
 - Hochschul-Strukturen: Passen Pädagogische Hochschulen noch mit Universitäten zusammen? ("Braucht man die PH noch?") HAW-Promotionsrecht? Man müsse beachten, dass sich auch die DHBW weiterentwickelt.
 - Strukturentwicklungspläne: Müssen Strukturen an Entwicklungen angepasst werden, auch z.B. an außeruniversitäre Einrichtungen (Fraunhofer)
 - Hinweis zur Konstituierung der Landesstudierendenvertretung: "Satzungen müssen nicht zwangsläufig auch mit Zweidrittelmehrheit geändert werden."

Empfehlung: schlanke Satzung und später im mehrheitlichen Interesse der Engagierten ändern

- Fazit: Es wird keine tiefgreifenden Änderungen geben in dieser Novellierung. Zeitlicher Rahmen für die LHG-Novellierung laut Fraktion: Bis April Aufstellung Referentenentwurf. Bis Ende des Jahres Abschluss des parlamentarischen Prozesses. Thema Studierendenwerke: Zusammenlegung kein Thema bzw. wenn, „dann kommt nicht viel“.
- Teilnehmer*innen: LAK-Präsidium (komplett), Universität Stuttgart, HFV Ludwigsburg, MdL Seemann, MdL Salomon, Dohl (parlamentarischer Berater)

2.11. Neuberufenenempfang in Stuttgart am 05.02.2020

Bauer war vor Ort auf Einladung des MWK. 364 im Jahr 2019 neu berufene Professor*innen wurden feierlich empfangen. Gespräche mit hochschulpolitischen Akteur*innen, Rektor*innen, Professor*innen und Studierenden.

3. Mitteilungen

3.1. Gespräch mit CDU-Fachausschuss Wissenschaft, Ministerin Eisenmann in Stuttgart am 19.02.2020

Die Landesstudierendenvertretung wurde kurzfristig eingeladen zu einem Gespräch mit Kultusministerin Eisenmann und dem Fachausschuss Wissenschaft der CDU-Fraktion. Das Präsidium konnte das Treffen für weitere Studierendenvertreter*innen öffnen. Anmeldungen werden bis 17.02.2020 12 Uhr erbeten. Die Einladung wurde bereits am 29.01.2020 von MdL Gentges angekündigt.

3.2. fzs-Mitgliederversammlung in Bamberg 28.02.-01.03.

Bauer und Bühler kündigen die Mitgliederversammlung des *freien Zusammenschluss von student*innenschaften* an. Es werden einige Mitgliedsstudierendenschaften aus Baden-Württemberg erwartet.

3.3. Lernfabriken ...meutern! Konferenz in Halle (Saale), 13.03.-15.03.2020

Bauer gibt die Veranstaltung kurz zur Kenntnis.

3.4. Festakt: "40 Jahre Grüne im Landtag" in Stuttgart am 16.03.2020

Bauer teilt mit, dass das Präsidium zum Festakt eingeladen wurde.

3.5. Gespräch mit AK Wissenschaft der FDP/DVP-Landtagsfraktion in Stuttgart am 18.03.2020

Auf eine Anfrage des Präsidiums lädt die FDP/DVP-Fraktion zum Gespräch ein. Vorrangige Themen sollen der Hochschulfinanzierungsvertrag, die Novellierung des Hochschulgesetzes und aktuelle Landtagsanträge und -anfragen mit Hochschulbezug sein.

Das Präsidium wird gebeten zu prüfen ob das Treffen für weitere Studierendenvertreter*innen geöffnet werden kann. Das Präsidium wird dieses Anliegen verfolgen.

3.6. MeTaFa (Meta-Tagung der Fachschaften) in Dortmund, 20.03.-22.03.

Bauer gibt die Veranstaltung kurz zur Kenntnis.

4. Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren

4.1. ABS-Vollversammlung in Mannheim am 02.02.2020

Bauer berichtet von der Vollversammlung des Aktionsbündnisses gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS) an der Hochschule Mannheim. Die bisherigen Koordinatoren Heß und Stiegler standen nicht weiter für ihre Ämter zur Verfügung. Es fanden Neuwahlen statt. Nathalie Schäfer und Kenan Kolari wurden als Koordinator*innen gewählt. Beginn der Amtszeit ist der 01.04.2020. Bauer kandidierte stellvertretend für die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg erfolgreich als korporatives Mitglied im ABS-Rat (siehe hierzu 4.2)

Stiegler beschreibt die Arbeit des ABS und erläutert die aktuelle Situation.

Das ABS ist ein loses bundesweites Aktionsbündnis. Bildung ist Menschenrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Kampf gegen Studiengebühren jeglicher Art ist die Aufgabe. Studiengebühren in Baden-Württemberg im Fokus. 5 % der Betroffenen seien befreit. Studierendenzahlen seien um 9,1 % zurückgegangen in Baden-Württemberg (in ganz Deutschland dagegen gestiegen). Interesse ungebrochen groß am Studienstandort. Höhe der Gebühren schrecke aber dennoch ab.

In Landesverfassung steht Menschenrecht Bildung in § 11. Verfassungsgericht hat mitgeteilt, dass Klage dieses Halbjahr verhandelt wird. Kläger seien dem ABS bekannt und wollen an die Öffentlichkeit gehen. Zwei Klagen seien anhängig, in Stuttgart und Karlsruhe. ABS hat Zahlen aus Ulm und dem KIT zum Sachstand. Das ABS werde eine weitere Stellungnahme dazu unmittelbar, ist daher an weiteren Zahlen interessiert. Der Monitoringbeirat sei nicht demokratisch gewählt, tage nicht öffentlich und sei vom Wissenschaftsministerium eingesetzt. Studierende seien darin stark unterrepräsentiert. Zusammensetzung verhindere kritische Auseinandersetzung mit dem Thema. Bis März sollte ein Bericht vorgelegt werden, es sei aber nicht absehbar, ob und wann dieser vorgelegt wird. Daher sollen Studierende einen eigenen Bericht gemeinsam mit dem ABS erarbeiten.

Nachfrage von Universität Heidelberg: Welche Funktion hat der Beirat? ABS: Komme drauf an, wen man frage. Der Politik könne man unterstellen, dass sie kein großes Interesse an Transparenz hat, die Studierenden wollen Stellung des Beirats nutzen, um Ansatzpunkt für ablehnende Haltung zu haben. Anregung, dass sich gegen Studiengebühren ausgesprochen werden solle in allen geeigneten Stellungnahmen. Anregung eines entsprechenden Passus in Forderungskatalog zur LHG-Novellierung. Das ABS benötigt finanzielle Mittel, um Klagen begleiten zu können und bittet um Zuwendungen. Haushaltstitel für Rechtsberatung etc. in den Haushalten der Studierendenschaften ggf. geeignet. Die Aufgabe des ABS-Rat ist die Steuerung und Überwachung der Arbeit der Koordinator*innen.

4.2. Antrag: Mitgliedschaft der Landesstudierendvertretung BW im ABS-Rat

Die Landesstudierendenvertretung war bereits Bündnispartnerin. Wie in 4.1 dargelegt ließ Bauer die Landesstudierendenvertretung vorbehaltlich der Zustimmung der LAK in den ABS-Rat wählen. Bauer stellt in diesem Zusammenhang folgenden Antrag:

Die LAK möge beschließen:

Das Präsidium wird damit beauftragt die Wahl der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg in den Rat des Aktionsbündnisses gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS-Rat) am 02.02.2020 anzunehmen und dies der ABS-Koordination mitzuteilen. Zu Sitzungen des Rats entsendet das Präsidium.

Der Antrag und die Begründung liegen den Sitzungsunterlagen bei.

Es wird die Frage aufgeworfen, wer die Landesstudierendenvertretung im ABS-Rat vertrete. Bauer verweist auf den Antragstext, der besagt, dass das Präsidium Vertreter*innen entsendet. Dies müsse nicht zwangsläufig ein Präsidiumsmitglied sein. Er erläutert zudem, dass er selbst in der letzten Amtszeit der Vertreter der Studierendenschaft der Hochschule Mannheim war und die Arbeit des ABS-Rats kennt. Vertreter*innen können auch wechseln. Die Arbeitsfähigkeit hänge nicht von der Teilnahme einzelner Vertreter*innen ab, wenngleich natürlich eine rege Teilnahme wünschenswert ist. Der ABS-Rat tage nicht häufig, im Schnitt einmal je Semester, bei Bedarf aber häufiger. Der Rat lege selbst fest wann er tagt. Keine weiteren Fragen. Der Antrag wird zur Abstimmung gebracht.

11/0/1 → angenommen

Bauer bedankt sich für den Beschluss. Die Gäste Schäfer und Stiegler danken der LAK ebenfalls und verlassen die Sitzung.

Es wird eine 10-minütige Sitzungspause eingelegt. Die Sitzung wird um 14:27 Uhr fortgesetzt mit TOP 5 „Arbeitsgruppenphase“.

5. Arbeitsgruppenphase

Birkenmeier eröffnet den TOP mit der Frage, warum die AK-Sitzungen am Samstag nur wenig Zulauf fanden. Universität Heideberg regt an, dass eine Tagesordnung der Arbeitskreise vorab vorteilhaft gewesen wäre. Die inhaltliche Ausgestaltung solle im Vorfeld geschehen und in der Einladung und in einer Erinnerungsmail kommuniziert werden. Das Präsidium nimmt die Anregung auf, wird sie aber vorrangig an die AK-Sprecher*innen weiter, da man den Arbeitskreisen nicht allzu viele Vorgaben machen möchte. Es wird in diesem Zusammenhang eingeräumt, dass der Anmeldeprozess für die AK-Sitzungen zu kurzfristig geschah und die Einladungen mit zu wenigen Informationen versehen waren. Universität Heidelberg ergänzt, die etablierten Arbeitskreise können sich ein eigenes Programm setzen, neuen Arbeitskreisen müsse allerdings ggf. ein Rahmenprogramm vorgegeben werden. Die zeitliche Überschneidung mit anderen Veranstaltungen am Samstag wird als weiteres Argument angeführt für den geringen Zulauf zu den AK-Sitzungen. Das Präsidium ergänzt noch, dass

man den Arbeitskreisen einen möglichst offenen Rahmen geben müsse, damit Neuem auch Raum gegeben werden wird.

Für die folgende Arbeitsgruppenphase werden die Programmideen/-vorschläge aus 1.8 folgendermaßen ergänzt bzw. geändert (in Klammern die Anzahl der Interessierten):

- Präsidiumsleitfaden (3)
 - Leitfaden für das LAK-Präsidium, Satzung/GO soll auf dieses Dokument verweisen
- Hochschulfinanzierung: weiteres Verfahren, insbesondere im Hinblick auf die durchgeführte Petition (4)
- Landesweites Semesterticket: informativ, Planung einer weiterer PM (9)
- Positionierung Vollverschleierungsverbot in einschlägigen Gesetzen: Stellungnahme/Beschlussvorlage
 - Anmerkung Universität Hohenheim: problematisch, da man als Vertreter*innen hier sei und mitunter kein hinreichendes Mandat und nur unzureichende Kenntnis habe
 - Verfahrensvorschlag des Präsidiums: Interesse in der Arbeitsgruppenphase wecken, Personen für Mitarbeit gewinnen und in der Gruppe außerhalb der LAK inhaltlich arbeiten.
 - → tagt heute nicht
- Lehramt: informativ (0)
 - → tagt heute nicht
- Konstituierung der LAK: Vorstellung der gestrigen Ergebnisse, weitere Planung (4)
- Wünsche an die LAK / Open Space (3)
- Austausch unter den Studierendenschaften

Die Arbeitsgruppenphase beginnt um 14:52 Uhr. Das Plenum tritt nach ca. 50 Minuten gegen 15:40 Uhr wieder zusammen.

Bericht aus den Arbeitsgruppen:

- Präsidiumsleitfaden (3), lose Gedankensammlung
 - Satzung/GO soll auf dieses Dokument verweisen
 - eigenes Dokument: Grundverständnis/Leitsätze für die LaStuVe ausarbeiten
 - Menschenoffenheit etc. selbst definieren (Nein zu Rassismus)
 - anhand Verfassung, FDGO und GG
 - kein Terrorismus, keine Menschenfeindlichkeit
 - private Meinungsäußerung bei nichtöffentlichen Gesprächen
 - kein Zeitdruck gegeben
 - sofern keine Beschlusslage vorliegt, soll sich an die Grundsätze gehalten werden (oder ganz streichen, weil kein Zeitdruck)
 - Bei Uneinigkeit im Präsidium soll ein Beschluss der LAK herbeigeführt werden.

- Bei vorhandener Beschlusslage soll der Inhalt des Beschlusses vertreten werden
- Der Beschluss soll im Sinne des Grundverständnisses interpretiert werden können.
- bei direkter Nachfrage nur auf Beschlusslage verweisen
- private Meinungsäußerung bei öffentlichen Gesprächen
- Da herrscht Zeitdruck
- Da muss ein Mandat für das Präsidium geschaffen werden
- Aber das muss im Sinne der LAK sein mit bestem Wissen und Gewissen
- Präsidiumsmitglieder müssen namentlich genannt werden und sind rechenschaftspflichtig
- Pressebericht vom Präsidium in der LAK
- Treffen mit Fraktionen des Landtags
- Brauchen wir da eine Regelung?
- <https://stuvus.uni-stuttgart.de/stellungnahme-der-stuvus/> *Toleranz und Offenheit zu den elementaren Werten - Wir fordern daher, keine Veranstaltungen von Gruppen oder Personen zuzulassen, die diesem Wertanspruch nicht entsprechen, und bitten die Universität, das Studierendenwerk und alle anderen Einrichtungen an den beiden Universitätscampus darum, dieser Forderung künftig zu entsprechen.*
- also keine Zusammenarbeit mit Fraktionen oder Personen die dem Grundverständnis der LaStuVe entgegenstehen
- Im Ermessen des Präsidiums bei Beachtung des Grundverständnisses
- Aufgaben des Präsidiums regeln
- LAK nach VO ausrichten
- <https://lastuve-bawue.de/lak/satzung/> § 6 Absatz 2 konkretisieren
- Die Aufgaben des Präsidiums sind:
 - Koordination der Studierendenvertretungen zwischen den LAK-Sitzungen
 - Arbeitskreise bewerben,
 - Kommunikationswege standardisieren
 - Kontaktliste aller Studierendenvertretungen führen
 - Mailverteiler pflegen
 - Homepage pflegen (Sitzungsprotokoll, Beschlusslage, (Sitzungs-)Termine, Anmeldung zur Sitzung und anderen Gespräche,
 - politische Interessenvertretung der Studierenden Baden-Württembergs im Sinne der bestehenden Beschlüsse
 - Sicherstellung der Mitgliederbetreuung
 - Sitzungsleitung und Sicherstellung der Protokollführung
- Anregung an das Präsidium:
 - Soll selbst notieren, was es gerne im Leitfaden haben möchte.

- Universität Heidelberg regt an, vor der nächsten LAK eine Sitzung zu diesem Thema abzuhalten direkt am Sonntagmorgen, explizite Zustimmung von Universität Hohenheim.
- Abstimmung über Vorschlag im Vorfeld der kommenden LAK, ein Arbeitszeitfenster einzurichten:
13/0/0 → angenommen
- weiteres Vorgehen: vor nächster LAK ab 11:00 Uhr Leitfaden zu Ende ausformulieren
13/0/0 → angenommen
- Hochschulfinanzierung, Verfahren zur Petition (4)
 - Ergebnisse in eigenem TOP dargestellt
- Landesweites Semesterticket (9)
 - Ergebnisse in eigenem TOP dargestellt
- Konstituierung der Landesstudierendenvertretung
 - Vorstellung der Ergebnisse der Sitzung am Samstag, weitere Planung
- Wünsche an die LAK / Open Space (3)
 - drei Personen im informellen Austausch
 - Austausch zur Organisationsstruktur der DHBW und der Universität Heidelberg

Allgemeine Rückmeldungen zur Arbeitsgruppenphase:

- Protokollierung wichtig
- zeitliches Format 50 Minuten in Ordnung
- Kreatives wie Whiteboard und Marker zukünftig ergänzen für Arbeitsphasen
- im Vorfeld einer LAK am Samstag eine große Themensammlung anlegen

Antrag zur Verfahrensordnung von Universität Hohenheim nach § 10 Abs. 3 Ziffer 4 VerFO: Aufnahme TOP 6 „Verfahren Stellungnahme Vollverschleierungsverbot“

Formale Gegenrede von Universität Heidelberg.

~~11/0/1 → angenommen~~ (aufgehoben)

Antrag zur Verfahrensordnung vom Präsidium nach § 10 Abs. 3 Ziffer 10 VerFO: Erneute Auszählung der Abstimmung.

Keine Gegenrede. Erneute Abstimmung und Auszählung zum vorherigen VerFO-Antrag:

12/0/1 → angenommen

6. Verfahren Stellungnahme Vollverschleierungsverbot (NEU)

Das Präsidium schlägt vor, auf Grundlage der Entscheidungskompetenz nach bestem Wissen und Gewissen einen Beschluss herbeizuführen. Einwand von Universität Hohenheim: Das Thema ist nicht so einfach zu vertreten wie bspw. Studiengebühren. Vorschlag: Jetzt zwei Wochen Erarbeitungszeit in den Studierendenschaften einräumen. Ergänzung von

Universität Heidelberg: Den Studierendenschaften auch Anlass für das Thema schildern (Äußerungen Fr. Eisenmann etc.). Präsidium: Es biete sich an, dem Thema jetzt Raum zu geben und das es vorzubereiten zur validen Meinungsbildung. Das vorgeschlagene Verfahren ist es wert ausprobiert zu werden. Die Rücklaufquote ist entscheidend. Frage, wie detailliert die Anfrage sein soll. Universität Hohenheim: Wichtig, den aktuellen Hintergrund reflektiert zu bekommen. Präsidium: Das Präsidium sendet die Abfrage bis zum 23.02. aus an die Studierendenschaft mit der Bitte um Rückmeldung bis zum 14.03. zwecks Mandatierung der LAK-Delegierten zum Thema Vollverschleierungsverbot. Das Präsidium soll die Rückmeldungen zusammentragen. Universität Hohenheim: Konsens soll erreicht werden, sodass eine Beschlussvorlage erstellt werden kann. Könne auch vorab geschehen durch Interessierte. Universität Heidelberg: Dreizeiler ohne Begründung sei bereits ausreichend. Eine Begründung sei nicht zwingend erforderlich.

11/0/2 → angenommen

7. AK Umwelt und Klima

Es liegt kein expliziter Bericht der Sprecher*innen vor.

- campusgrün BW Workshop "Nachhaltigkeit im Landeshochschulgesetz" in Freiburg am 25.01.2020
 - Bauer skizziert kurz die Ergebnisse. Diskussion über Demokratisierung und Öffentlichkeit von Gremien. Bauer hat LAK-Positionspapier eingebracht. Campusgrün möchte bis Ende Februar ein eigenes Forderungspapier fertigstellen und dem MWK übermitteln
- Strategiedialog Universität Stuttgart 28.01.2020
 - keine nähere Auskunft, da kein*e Vertreter*in von stuvus anwesend
- Änderungsantrag zur Hochschulfinanzierung. Vorschlag aus dem Präsidium: Den Änderungsantrag als Ergänzung herausstellen, die alte Version. Es wurde in der letzten Sitzung beschlossen den ersten Antrag zu ergänzen. Vorschlag aus dem Präsidium dennoch auch eine neue vollständige Version der Forderungen auszubringen.

**Antrag zur Verfahrensordnung vom Präsidium nach § 10 Abs. 3 Ziffer 4 VerFO:
Aufnahme TOP 9.1 „Antrag Erweiterung Forderungskatalog/Positionspapier“**

Begründung: auch wenn vom AK Klima und Umwelt erarbeitet, bezieht sich der Antrag jedoch auf Kompetenzbereich des AK Hochschulfinanzierung.

Keine Gegenrede.

8. AK Landesweites Semesterticket

**Antrag zur Verfahrensordnung vom Präsidium nach § 10 Abs. 3 Ziffer 4 VerFO:
Aufnahme TOP 8.1 „Bericht aus der Arbeitsgruppenphase“**

Keine Gegenrede.

8.1. Bericht aus der Arbeitsgruppenphase

Der AK-Sprecher berichten vom aktuellen Stand und den Planungen der Urabstimmungen sowie von den Verhandlungen mit den Beteiligten (Verkehrsministerium, Verkehrsverbänden, bwtarif. Er erläutert, wie die Preise in den Verkehrsverbänden zustande kommen.

8.2. Zwischenstand Urabstimmungen

Es sind noch nicht aus allen Studierendenschaften Rückmeldungen erfolgt.

Aus Freiburg kommen die meisten Rückmeldungen. Freiburg wünscht keine Urabstimmung über Verbundticket. Urabstimmungen soll es geben im VVS, Naldo und Ostalb-Verkehrsverbund. Positive Rückmeldungen ebenfalls aus Karlsruhe.

Es soll verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in den kommenden Wochen geben.

Vorhandene Webseite <http://semesterticket-bw.de> soll dafür genutzt werden.

Ende Februar sollen weitere Informationen vom Verkehrsministerium vorliegen. Liniennetzplan von bwtarif lässt vermuten, dass der Gültigkeitsbereich des landesweiten Semestertickets auf die lateralen Strecken Mainz, Frankfurt, Würzburg, Basel und Memmingen ausgeweitet werden könnte.

Präsidium: Weitere Informationen zum Fragenkatalog im VHB und Stadtwerke Konstanz sind einzuholen und bereitzustellen.

Verkehrsverbände Tuttlingen und Villingen-Schwenningen und ein weiterer sollen zu einem großen Verbund zusammengeführt werden.

Härtefälle müssen näher geklärt werden, Ausnahme-/Grenzgänger*innenregelungen, wie und wo diese geltend gemacht werden können

Die Frage, wie und von wem die Härtefälle bearbeitet werden, wird aufgeworfen.

Ungeklärte Fragen außerdem: kostenlose Fahrradmitnahme, Mitnahmeregelung, Größe des Netzes, Recht auf Entschädigung.

9. AK Hochschulfinanzierung

9.1. Antrag Erweiterung Forderungskatalog/Positionspapier

- Alter Antrag:

Als 4.11 zwischen jetzt 4.10 und 4.11 einzufügen:

Da Hochschulen nicht nur große quantitative Einsparpotentiale von Emissionen, sondern auch eine Vorbildfunktion als zivilgesellschaftliche Institutionen haben, muss Klimaschutz und insbesondere die Reduktion von hochschuleigenen Emissionen als Ziel im Hochschulfinanzierungsvertrag verankert werden. Wir fordern das Land auf, den Hochschulen hier Vorschriften zu machen und Geld zur Verfügung zu stellen, um Klimaschutzmaßnahmen

zu implementieren. Priorität sollte dabei ein quantitativer Plan haben, welcher mit einer Bestandsaufnahme der bisherigen Emissionen beginnt und für die Hochschulen verbindliche Reduktionsziele beinhaltet. Diese Ziele müssen an regelmäßige Evaluationen gekoppelt werden. Bei Nichteinhaltung muss der Plan Änderungen an den Maßnahmen vorsehen, welche die Hochschulen auf den anvisierten Reduktionspfad zurückbringen. Einer der wichtigsten Punkte in Bezug auf Klimaschutz ist die klimafreundliche Nutzung von Energie, die einerseits eine Reduktion des Energieverbrauchs (s. 4.12) und andererseits die umfassende Nutzung erneuerbarer Energiequellen beinhaltet. Hier müssen strukturelle Veränderungen an Anreizsystemen vorgenommen werden. So muss es für die Hochschulen auch ökonomisch sinnvoll gemacht werden, Investitionen, z.B. in energiesparende Technologien oder erneuerbare Energien, zu tätigen. Die zeitnahe, vollständige Ausnutzung aller Möglichkeiten der Energiegewinnung durch erneuerbare Energien auf hochschuleigenen Flächen sollte ein weiteres Ziel sein.

Änderungsantrag: Ersetze "So muss es für die Hochschulen auch ökonomisch sinnvoll gemacht werden" durch: "So müssen auch für Hochschulen ökonomische Anreize geschaffen werden"

11/0/1 → angenommen

Änderungsantrag: Streiche " Als 4.11 zwischen jetzt 4.10 und 4.11 einzufügen:" und integriere Antrag in vorhandene Stellungnahme.

4/1/8 → angenommen

Hochschule Heilbronn verlässt die Sitzung um 17:03 Uhr.

Abstimmung über den Gesamtantrag

9/3/0 → angenommen

Antrag zur Verfahrensordnung vom Präsidium nach § 10 Abs. 3 Ziffer 12 VerFO: Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten.

Keine Gegenrede. Die Sitzung wird um 17:15 Uhr fortgesetzt.

Antrag zur Verfahrensordnung vom Präsidium nach § 10 Abs. 3 Ziffer 11 VerFO: Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Keine Gegenrede. Es sind elf Studierendenschaften anwesend. Das Präsidium stellt die Beschlussfähigkeit damit fest.

9.2. Petition

Birkenmaier zeigt auf, dass es bezüglich der Übergabe der Petition zwei Optionen gebe:

a) Übergabe an den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und die Spitzenkandidatin der CDU Susanne Eisenmann

b) Übergabe an Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ausschusses für Finanzen sowie den entsprechenden Ministerinnen Theresia Bauer und Edith Sitzmann

Es wird die Frage aufgeworfen, warum nicht beide Optionen wahrgenommen werden.

Birkenmaier entgegnet, dies sei nicht sinnvoll, da sich die Petition an den Landtag richtet, nicht an Personen. Zudem sei der organisatorische Aufwand nicht zu leisten, weil dafür eine Pressekonferenz anberaumt werden müsste etc.

Bezüglich des Zeitpunkts der Übergabe führt Birkenmaier aus, dass ein Aufschieben, z.B. auf einen Zeitpunkt nach der HoFV-Unterzeichnung, das politische Interesse abflache, ein zu schnelles Agieren jedoch möglicherweise nicht die größtmögliche Aufmerksamkeit erregt. Aus dem Plenum wird die Meinung artikuliert, man möge zeitnah und effektiv handeln.

Abstimmung:

- a) Übergabe an Ministerpräsidenten und Spitzenkandidatin: 2
- b) Übergabe an Ausschüsse und Ministerinnen: 9
- c) Enthaltung: 1

➔ Die Petition wird an die Ausschussmitglieder und die Ministerinnen übergeben.

Pressekonferenz: Es müsste über Pressestellen bzw. Bündnispartner*innen Räumlichkeiten organisiert werden. Alternativ müsste eigener Rahmen geschaffen werden. Pressekonferenz einer LAK würde besonders großes Aufsehen erregen.

Wahl der Lokalität/Presseeinladung: zentrale oder eigenständige Pressekonferenz. Anmerkung aus dem Plenum, dass auch eine eigenständige PK in Stuttgart stattfinden sollte.

Abstimmung:

- a) Landespressekonferenz: 4
- b) eigenständige PK: 4
- c) Enthaltung: 4

Idee: möglichst prominenter Ort, mit Anwesenheit von Presse, Statements von Akteur*innen, Rückfragen ermöglichen.

Soll eine Pressekonferenz veranstaltet werden?

4/6/2 ➔ abgelehnt

Der AK wird eine Veranstaltung zur Übergabe organisieren.

Verweis auf Telegram-Gruppe zum Mitmachen:
<https://t.me/joinchat/Byt2jBSYzhgcqIWri97o2g>

(Gruppe für Aktionen Hochschulfinanzierung, dort nachfragen)

10. AK Lehramt

10.1. Bericht des AK

Stellungnahmen von Hochschulen bereits eingegangen, diese werden bald im AK besprochen. Anmerkung: Wechsel vom B.Ed. auf M.A./M.Sc. an manchen Standorten nicht möglich, wird nun vom parlamentarischen Berater geprüft. Es sollte auch durch parlamentarische Anfrage geprüft werden, an welchen Hochschulen dieses Problem besteht. Mail an Studierendenschaften wird geschrieben, sodass sich diese damit befassen.

11. LAK-Verfahrensordnung

11.1. Änderungsanträge

Hier kann die Verfahrensordnung kommentiert werden: <https://wiki.stuvus.uni-stuttgart.de/display/LAK/Verfahrensordnung>

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

12. LHG-Novelle

12.1. Erweiterter Forderungskatalog

Neuer Forderungskatalog mit Ergänzungen wurde den Sitzungsunterlagen beigelegt. Soll prominent ans MWK und an die Abgeordneten im Wissenschaftsausschuss gesendet werden. Die Abfolge der Punkte (Struktur) wurde neugestaltet (siehe Textdokument in den Sitzungsunterlagen). Nach redaktioneller Aufarbeitung werden die Ergänzungen und die neue Gesamtversion erneut an oben genannte politische Stellen versendet. Forderungen in geschilderter Form sollen an Wissenschaftsausschussmitglieder versendet werden.

Abstimmung:

12/0/0 → angenommen

12.2. Zusammenfassung Gespräche CDU und GRÜNE

Birkenmaier schildert, dass von den Regierungsfractionen keine Ambitionen zu weitreichenden Änderungen zu erkennen seien. Zudem sei die Landesstudierendenvertretung einer der wenigen Verbände mit einer einheitlichen Haltung zur LHG-Novelle. Die Studierendenschaften sind dazu aufgerufen, die Beschlusslage der LAK an die lokale Presse zu spielen, um den Druck über die Medien aufzubauen.

12.3. Bericht aus LAG Wissenschaft (GRÜNE)

Birkenmaier ist Mitglied, kann dort die Position der LAK gut platzieren, es besteht aber persönliche Betroffenheit bzw. ein Interessenskonflikt, da die gleichen Verhandlungen in zwei Funktionen geführt werden. Er bittet die LAK, ihn darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht adäquat vertreten fühlt. Rückmeldung aus dem Plenum: nicht als LAK-Sprecher auftreten, sondern als Individuum und als solches auf LAK-Positionen hinweisen.

13. Akkreditierungswesen

Birkenmaier erklärt, dass die Musterrechtsverordnung (MRVO) zum Teil in Tübingen nicht umgesetzt. Rückmeldung von Universität Heidelberg: Es sollte in den Studierendenschaften oder beim studentischen Akkreditierungspool nachgefragt werden, ob jemand dazu einen Workshop anbieten möchte. Nächstes Seminar des studentischen Akkreditierungspools in Baden-Württemberg vom 15.-17.04.2020 in Freiburg (<https://www.studentischer-pool.de/ankuendigung-seminare/>). Wenn Bologna-Ziel erreicht werden soll, müsse man sich darum bemühen, dass in ganz Baden-Württemberg ein gleiches Verfahren angestrebt und durchgesetzt wird. Meinungsbild Interesse an der Verfolgung des Themas auf der LAK:

3/6/3 → kein Interesse

Antrag des Präsidiums: für TOP 14 und 15 (Stellungnahmen) jeweils einen Wiki-Artikel erstellen, an Studierendenschaften versenden und zur Mitarbeit aufrufen.

Keine Gegenrede

14. Stellungnahme: Landesweites Kompetenzzentrum für Sehbeeinträchtigte

In separater Mail an die Studierendenschaften wird zur Mitarbeit aufrufen, möglicherweise Thema auf der nächsten LAK.

15. Stellungnahme: Verfasste Studierendenschaften

In separater Mail an die Studierendenschaften wird zur Mitarbeit aufrufen, möglicherweise Thema auf der nächsten LAK.

16. MWK-Wissensdatenbank für Verfasste Studierendenschaften

Bauer schildert, dass das MWK den Studierendenschaften Handlungsrichtlinien und Leitfäden an die Hand geben soll; MWK bittet um Rückmeldung, Umsetzung soll in Form einer digitalen Plattform geschehen, Ressourcen sind aber mangelhaft, Studierendenschaften könnten sich dort selbst mit Informationen versorgen und selbst welche einstellen. Telefonat zwischen LAK-Präsidium und Referat 24 im MWK steht in der kommenden Woche an. Abfrage von relevanten Themen und Fragestellungen durch das Referat 24 bei den Studierendenschaften bereits im letzten Jahr geschehen. Von beiden Seiten wird eine dauerhafte, nachhaltige Umsetzung gewünscht.

17. Bundesvernetzungstreffen der Landesstudierendenvertretungen

03.-05.04.2020 als Datum festgelegt, Austragungsort in Baden-Württemberg noch offen, bei Interessebitte beim Präsidium melden.

18. Förderverein/Trägerverein Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg

Bescheid über 200 Euro Zwangsgeld ergangen an Förderverein wegen fehlender Körperschaftssteuererklärung für 2018. Bauer kümmert sich.

Anliegen zur Auflösung des Trägervereins offen, soll im Laufe der kommenden Woche geklärt werden. Birkenmaier kümmert sich.

19. Sonstiges

19.1. aktuelle, relevante Landtagsdrucksachen

Bauer weist auf die in den Sitzungsunterlagen hinterlegten, aktuellen Landtagsdrucksachen mit hochschulpolitischem Bezug hin.

19.2. Pressespiegel

Bauer weist auf die in den Sitzungsunterlagen hinterlegten Pressemeldungen mit hochschulpolitischem Bezug hin.

19.3. Newsletter des Präsidiums im Nachgang der LAK

Das Präsidium erklärt, dass es die Einführung eines E-Mail-Newsletters an die Studierendenschaften, z.B. zur Kommunikation von Beschlüssen im Nachgang einer LAK und aktuellen Aktivitäten, in Erwägung zieht.

19.4. informelle Kommunikation über Messenger-Dienst

Das Präsidium erklärt, dass es die Nutzung eines Messenger-Dienstes für die schnelle, informelle Kommunikation innerhalb der Landesstudierendenvertretung in Erwägung zieht.

19.5. Konstituierung der Landesstudierendenvertretung

Universität Heidelberg erläutert den vorgesehenen Zeitplan: Vernetzungstreffen/Klausurtagung im März, Ausarbeitung und Diskussion strittiger Punkte. Bei strittigen Punkten könnten konkrete Optionen vorab formuliert werden. Am 10.05.2020 (möglicher LAK-Termin): Vorstellung des Entwurfs mit den möglichen Optionen, dazwischen Diskussion und Abstimmungen in den Studierendenschaften. Am 21.06.2020 (möglicher LAK-Termin): Abstimmung der Optionen, Vorstellung der Geschäftsordnung, dazwischen erneut Diskussion und Abstimmungen in den Studierendenschaften. Anschließend Beschluss der Geschäftsordnung im schriftlichen Verfahren über einen Zeitraum von mindestens sechs Wochen. Zeitplan ist noch nicht final, muss noch ausgearbeitet werden.

20. Austausch und Vernetzung

20.1. DAAD-Mitgliedschaft

Baltrun erläutert die Möglichkeit einer Mitgliedschaft als Studierendenschaft und verweist für weitere Informationen und eine Mitgliederübersicht auf <https://www.daad.de/medien/daad-mitgliederverzeichnis.pdf>

**Antrag zur Verfahrensordnung vom Präsidium nach § 10 Abs. 3 Ziffer 4 VerFO:
Aufnahme TOP 20.2 „Feedback für Präsidium und Veranstalter*innen“**

Keine Gegenrede.

20.2. Feedback für Präsidium und Veranstalter*innen

Mittagessen zu einem späteren Zeitpunkt. Zeiteinheiten pro Tagesordnung kritisch: 2 tägige Sitzung überlegen, Zeilenangaben bei Anträgen und Änderungsanträgen einführen, Namensschilder, Begrüßungsrunde

Ende der Sitzung: 19:07 Uhr

I. Teilnehmer*innen

stimmberechtigt

1. Wondratschek Florian, PH Ludwigsburg
2. Fülle Jan, DHBW Stuttgart
3. Baatsch Juliana, HdM Stuttgart
4. Becker Dominik, Universität Hohenheim
5. Staiger Tim, PH Freiburg
6. Frank Emanuel, PH Schwäbisch Gmünd
7. Ruenpirom Tasson, HS Mannheim (Präsidium)
8. Arnold Henrike, Universität Heidelberg
9. Schlesinger Louisa, PH Heidelberg
10. Peschke Laura Natalie, HS Heilbronn
11. Herrenkind Kai-Uwe, Universität Mannheim
12. Käßlinger Claus-Peter, Universität Tübingen (Präsidium)
13. Tang An, KIT

nicht stimmberechtigt

1. Bauer Andreas, HS Mannheim (Präsidium)
2. Bärschneider Herbert, DHBW Mosbach
3. Keuthen Thomas, DHBW Karlsruhe
4. Bühler Jacob, Universität Tübingen, fzs
5. Probst Fabian, Universität Hohenheim
6. Lutz Tobias, Universität Hohenheim
7. Riesch Michelle, PH Schwäbisch Gmünd
8. Kraus Leonie, Universität Heidelberg
9. Pilz Lukas, Universität Heidelberg
10. Baltrun Marc, Universität Heidelberg (Präsidium)
11. Schäfer Nathalie, Goethe-Universität Frankfurt, ABS
12. Stiegler Kurt, Universität Münster, ABS
13. Birkenmaier Dominik, Universität Tübingen (Präsidium)
14. Fischer Katharina, Universität Mannheim
15. Zourmand Hamun, Universität Mannheim
16. Forner Alina, Universität Mannheim
17. Cleven Konrad, Universität Mannheim

II. Abkürzungsverzeichnis

ABS	<i>Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren</i>
AK	<i>Arbeitskreis</i>
AStA.....	<i>Allgemeiner Studierendenausschuss</i>
B.Ed.	<i>Bachelor of Education</i>

BAS	Bundesverband ausländischer Studierender
BW	Baden-Württemberg
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DHBW	Duale Hochschule Baden-Württemberg
DVP	Deutsche Volkspartei
EH	Evangelische Hochschule
FDGO	freiheitliche demokratische Grundordnung
FDP	Freie Demokratische Partei
fzs	freier Zusammenschluss von student*innenschaften e.V.
GG	Grundgesetz
GO	Geschäftsordnung
HAW	Hochschule für angewandte Wissenschaften (ehem. Fachhochschule)
HdM	Hochschule der Medien
HFV	Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
HS	Hochschule
Juso	Jungsozialist(en) (Jugendorganisation der SPD)
KIT	Karlsruher Institut für Technologie
LAK	Landes-ASten-Konferenz
LaStuVe	Landesstudierendenvertretung
LHG	Landeshochschulgesetz
M.A.	Master of Arts
M.Sc.	Master of Sciences
MdL	Mitglied des Landtags
MeTaFa	Meta-Tagung der Fachschaften
MWK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Naldo	Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau
PH	Pädagogische Hochschule
PK	Pressekonferenz
PM	Pressemitteilung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
stuvus	Studierendenvertretung Universität Stuttgart
TOP	Tagesordnungspunkt
VerfO	Verfahrensordnung
VHB	Verkehrsverbund Hegau-Bodensee
VO	Verfahrensordnung
VS	Verfasste Studierendenschaft
VVS	Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart